



Presseschau vom 01.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Wasserstoff-Traum: Der Run auf mehr als zwei Milliarden Euro ist eröffnet**

Für eine Energiewende werden wieder Milliarden Steuergelder verteilt. Diesmal für die Förderung der Wasserstoff-Wirtschaft. 200 Unternehmen haben sich beworben, darunter auch Siemens Energy, die andererseits 7.800 Stellen bis 2025 abbauen wollen, 3.000 davon in Deutschland. ...

<https://kurz.rt.com/2fod>

de.rt.com: **Neuausrichtung der US-Außenpolitik: Fokus auf direkter Konfrontation mit Russland und China**

Die russische Denkfabrik Waldai-Klub analysiert, dass eine Verschiebung der US-Außenpolitik vom vorherigen Schwerpunkt der sogenannten "Terrorismusbekämpfung" hin zu einer direkten Konfrontation mit China und Russland stattfindet. Dabei ist die Frage, ob die USA mit beiden gleichzeitig um die globale Vormachtstellung ringen wollen. ...

<https://kurz.rt.com/2fpc>

de.rt.com: **Beispiel Seltene Erden: EU auch in der Zukunft wirtschaftlich von China abhängig**

Die EU baut ihre Zukunft auf Hightechprodukten und -anwendungen auf. Hierfür werden jedoch große Mengen an Seltenen Erden benötigt, von denen es in Europa so gut wie keine gibt. Die Abhängigkeit von China auch in diesem Bereich ist nicht zu übersehen. ...

<https://kurz.rt.com/2fmv>

Ilona Pfeffer: Vergleich Khashoggi und Nawalny – Lafontaine zu scheinheiliger Sanktionspolitik des Westens

Obwohl US-Präsident Joe Biden nach der Ermordung des saudi-arabischen Journalisten Salman Khashoggi angekündigt hatte, keine Waffen mehr nach Saudi-Arabien zu verkaufen, laufe das Geschäft weiter, sagt Linken-Politiker Oskar Lafontaine. Auf der anderen Seite werde wegen des Falls Nawalny der Bau von Nordstream 2 torpediert. ...

<https://snanews.de/20210301/khashoggi-nawalny-lafontaine-1089637.html>

Armin Siebert: Kuba entwickelt eigenen Corona-Impfstoff als erstes Land in Lateinamerika

Kuba kann kaum auf Corona-Impfstoff aus den USA hoffen. Muss es auch nicht, da der Inselstaat auf eine hervorragende Medizintradition zurückgreifen kann. Anscheinend ist es dem armen Land gelungen, ein eigenes vielversprechendes Vakzin zu entwickeln. ...

<https://snanews.de/20210301/kuba-eigenen-corona-impfstoff-1096296.html>

de.rt.com: BioNTech-Gründer erhalten Bundesverdienstkreuz für ihren "unermüdlichen Einsatz"

Die BioNTech-Gründer Türeci und Şahin werden mit dem höchsten deutschen Verdienstorden geehrt. Der Zeremonie werden Bundespräsident Steinmeier und Kanzlerin Merkel beiwohnen. Derweil wies Şahin in einem Interview darauf hin, dass eine dritte Corona-Impfdosis notwendig sei. ...

<https://kurz.rt.com/2fsq>

abends/nachts:

snanews.de: Mindestens 17 Tote bei Protesten in Myanmar

Bei Protesten gegen den Militärputsch in Myanmar sind nach Angaben des lokalen Portals „Mizzima“ mindestens 17 Menschen ums Leben gekommen.

Die Polizei ging in mehreren Städten gewaltsam gegen die Demonstranten vor und schoss unter anderem in Yangon, der größten Stadt des Landes, in die Menge. Dort sind Angaben zufolge vier Menschen ums Leben gekommen. In der Stadt Bago gab es drei Tote, darunter zwei Jugendliche, die nach Angaben eines Rettungswagenfahrers erschossen worden waren. Mehr als 20 Menschen in Bago erlitten Verletzungen.

Zunächst hatte die Polizei versucht, die Menschen mit Blendgranaten, Tränengas und Schüssen in die Luft auseinanderzutreiben. Auch Soldaten waren im Einsatz. Mehrere Demonstranten starben nach Angaben von Augenzeugen an Schussverletzungen.

Laut lokalen Medienberichten werden die Proteste in Myanmar immer brutaler. Aufnahmen zeigten blutüberströmte Menschen, die von Helfern vom Ort der Demonstration weggebracht wurden. Die Demonstranten errichteten Barrikaden und sangen Protestlieder.

Das myanmarische Militär hatte am 1. Februar, wenige Stunden vor der Eröffnung der ersten Sitzung des neugewählten Parlaments, die Regierung des Landes festgenommen, darunter den Präsidenten Win Myint und die De-Facto-Regierungschefin und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi.

Tausende Menschen demonstrieren seitdem in Myanmar gegen den Militärputsch. Die Protestierenden fordern ein Ende der „Militärdiktatur“ und eine Rückgabe der Macht an die demokratische Regierung sowie die Freilassung der ehemaligen Regierungschefin Aung San Suu Kyi.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/1c/1083527_0:161:3071:1888_1280x0_80_0_0_cdb62e398404ac44f3ab3bab2a55676c.jpg

snanews.de: **Syrische Luftabwehr fängt israelische Raketen nahe Damaskus ab – Medien**

Die syrische Luftabwehr hat am Sonntagabend nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur SANA einen Raketenangriff aus Israel in der Nähe der Hauptstadt Damaskus abgewehrt.

Wie die Agentur unter Berufung auf die syrische Armee berichtet, wurden die meisten israelischen Raketen erfolgreich abgefangen.

Der israelische Sender Kan berichtet, dass der Angriff seitens Tel Aviv vermutlich als Vergeltung nach einer „durch den Iran verursachten Explosion auf einem Schiff“ durchgeführt wurde. Auf Twitter verbreitete der Sender ein [Video, das den Luftangriff zeigen soll](#).

Israels Luftwaffe greift regelmäßig Ziele im Nachbarland an. Israel will in Syrien den militärischen Einfluss des Irans zurückdrängen und attackiert dort regelmäßig angeblich pro-iranische Milizen.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1e/344030_0:125:3200:1925_1280x0_80_0_0_3f96ae1ad8674e95417af9916807e94e.jpg

vormittags:

snanews.de: **„Ich gründe keine neue Partei“ – Trump tritt mit erster öffentlicher Rede seit seiner Abwahl auf**

Der ehemalige US-Präsident hat in seiner ersten öffentlichen Rede seit dem Ende seiner Amtszeit Nachfolger Joe Biden scharf kritisiert und seine Präsidentschaftskandidatur 2024 nicht ausgeschlossen.

„Unsere Bewegung hart arbeitender amerikanischer Patrioten, sie fängt gerade erst an“, sagte Trump bei seinem Auftritt bei der jährlichen Veranstaltung konservativer Aktivisten, der Conservative Political Action Conference, in Orlando im US-Bundesstaat Florida. „Und am Ende werden wir gewinnen“, fügte er hinzu.

„Ich möchte, dass ihr wisst, dass ich weiterhin an eurer Seite kämpfen werde“, zeigte sich Trump vor seinen Anhängern kämpferisch.

„Biden hatte den desaströsesten ersten Monat aller Präsidenten in der modernen Geschichte“, äußerte Trump. „Schon jetzt hat die Biden-Administration bewiesen, dass sie arbeitsplatzfeindlich, familienfeindlich, grenzfeindlich, energiefeindlich, frauenfeindlich und wissenschaftsfeindlich ist“.

Biden habe das Motto „Amerika zuerst“ in „Amerika zuletzt“ verwandelt, beanstandete der Ex- Staatschef. Er kritisierte Bidens Vorgehensweise in der Außenpolitik: Die Vereinigten Staaten könnten es sich nicht leisten, die Probleme der ganzen Welt zu lösen, sagte er und bezeichnete die US-Demokraten als „Chinas Marionetten“.

Die USA unter Biden seien keine Energiemacht mehr, monierte Trump: „Wir werden jetzt von Russland und dem Nahen Osten im Zusammenhang mit Öl abhängig sein“.

Der Politiker schloss dabei nicht aus, 2024 erneut als Präsidentschaftskandidat anzutreten: „Vielleicht entscheide ich mich sogar, sie ein drittes Mal zu schlagen“, äußerte er.

Spekulationen, wonach er eine neue Partei gründen könnte, wies er zurück.

Nach offiziellen Angaben hatte der Demokrat Joe Biden die US-Präsidentschaftswahl 2020 für sich entschieden: Er konnte 306 Wahlmännerstimmen auf sich vereinigen. Trump erhielt lediglich 232 Wahlmännerstimmen. Trump selbst weigerte sich, die Niederlage einzugestehen und warf den Demokraten massiven Wahlbetrug vor.

Im Januar stürmte eine Menge von Trump-Anhängern das Gebäude des US-Kongresses und verhinderte vorübergehend die Anerkennung der Wahlergebnisse. Trump wurde die Anstiftung zur Aufruhr vorgeworfen, er musste sich daher zum zweiten Mal einem Amtsenthebungsverfahren im Kongress stellen. Mitte Februar sprach der Senat den derzeit ehemaligen Präsidenten frei: Die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Anklage wurde nicht erreicht.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/01/1085934_0:0:3086:1737_1280x0_80_0_0_ef74002a

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. Februar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snews.de: **Netanjahu macht Iran für Explosion auf Schiff verantwortlich**

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat den Iran für die Explosion auf einem israelischen Frachtschiff im Golf von Oman verantwortlich gemacht. Bei der Explosion an Bord der „Helios Ray“ am Donnerstag war Medienberichten zufolge niemand zu Schaden gekommen. Die Ursache ist noch unklar.

„Klar ist, dass hinter der Tat der Iran steht“, sagte Netanjahu am Montag im israelischen Sender Kan. Der Iran sei „Israels größter Feind“ und es sei wichtig, zu verhindern, dass er an Atomwaffen komme, betonte der israelische Regierungschef. „Das habe ich auch schon (US-Präsident Joe) Biden gesagt.“

Zuvor hatte bereits der israelische Verteidigungsminister, Benny Gantz, den Iranern die Schuld für die Explosion der „Helios Ray“ gegeben. Das Schiff einer israelischen Firma war Berichten zufolge unter der Flagge der Bahamas von Saudi-Arabien nach Singapur unterwegs.

Die syrische Staatsagentur Sana berichtete am Sonntag von israelischen Raketenangriffen in der Nähe von Damaskus. Wie es hieß, konnten die meisten Raketen abgefangen werden. Sana veröffentlichte Videos, die zeigen sollen, wie die Luftabwehr des Landes den Angriff abwehrt. Von offizieller israelischer Seite gab es zunächst keinen Kommentar. Die Tageszeitung „The Jerusalem Post“ und andere israelische Medien mutmaßten allerdings, dass es einen Zusammenhang zwischen der Attacke in Syrien und der Explosion auf dem Frachtschiff im Golf von Oman geben könnte.



https://cdn.snews.de/img/07e5/02/06/814867_0:61:3071:1788_1280x0_80_0_0_4c535dc62918c85ae1ebe928ca4b36d3.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Februar 3:00 Uhr bis 1. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – zweimal (29 Mörsergeschosse); Antipanzergranatwerfer – einmal (6 Granaten); automatische Granatwerfer – einmmlal (2 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft: **Sosnowskoje, Leninskoje.**

Um 13:14 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje eine Detonation bei der Durchführung technischer Arbeiten registriert.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im

Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 37.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Armenien: Demonstranten dringen in Regierungsgebäude in Jerewan ein**

Nachdem der armenische Premierminister Nikol Paschinjan eine Reihe hochrangiger Militärs entlassen hatte, verschärften sich zuletzt die Spannungen zwischen Regierung, Opposition und Militär. Rufe nach einem Rücktritt Paschinjans werden immer lauter, was dieser als "Putschversuch" betrachtet.

Nun drängen Anhänger der Opposition nach aktuellen Berichten in ein Regierungsgebäude im Zentrum von Jerewan ein. Die Demonstranten fordern den Rücktritt des Premierministers.

Am Samstag erklärte der armenische Präsident Armen Sarkissjan, er habe sich geweigert, die Forderung des Premierministers zur Entlassung des Generalstabschefs der Armee zu unterzeichnen. Der Schritt erfolgte, nachdem mehrere Tausend oppositionelle Demonstranten den dritten Tag in Folge in Armeniens Hauptstadt Jerewan auf die Straße gingen, um den Rücktritt von Premierminister Nikol Paschinjan zu fordern. Auch Sarkissjan hatte zuvor gemeinsam mit 40 hochrangigen Offizieren den Rücktritt des Regierungschefs gefordert. Hintergrund der Forderung ist der Umgang des Premierministers im Konflikt mit Aserbaidschan, den viele Armenier als nationale Demütigung betrachten.

Am Montag inszenierte die Opposition nun eine Protestaktion im Eingangsbereich des Regierungsgebäudes, das Berichten zufolge mehrere Ministerien beherbergt. Sie riefen Anti-Paschinjan-Parolen und forderten die Mitarbeiter auf, sich nicht an den Kundgebungen zur Unterstützung des Premierministers zu beteiligen.

Nach einigen Minuten sollen die Demonstranten das Gebäude wieder verlassen haben. Bereits am Donnerstagmorgen sollen Aktivisten der Opposition damit begonnen haben, den Verkehr auf einer Reihe von zentralen Straßen in der Hauptstadt zu blockieren sowie die Abfahrt von U-Bahn-Zügen an den Stationen zu verhindern. Auf dem Platz der Freiheit im Zentrum von Jerewan organisierte die Opposition eine Kundgebung.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603cb881b480cc700f2e7b06.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 1. März um 9:00 Uhr 3069 Fälle von Coronavirusinfektion registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2607 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 270 Todesfälle.

snanews.de: **Moskau und Damaskus werfen USA illegale Okkupation Syriens sowie Extremisten-Förderung vor**

Russland und Syrien haben in einer gemeinsamen Erklärung den USA die Okkupation des syrischen Territoriums sowie das absichtliche Erhalten von Spannungsherden im Land vorgeworfen.

„Die USA fliegen Luftangriffe gegen das Territorium des souveränen syrischen Staates und besetzen sein Territorium weiterhin illegal. Gleichzeitig gibt es nicht einmal einen Hinweis auf die Wiederherstellung eines sicheren und würdigen friedlichen Lebens in den von ihnen kontrollierten Regionen des Landes“, hieß es in der Erklärung des Chefs des Koordinationszentrums für die Rückkehr von Flüchtlingen, Michail Misintsew, und des syrischen Ministers für örtliche Verwaltung und Umwelt, Hussein Makhlouf.

Unter den Bedingungen der Coronavirus-Pandemie treibe Washington eine „unmenschliche Sanktionspolitik“ gegen das syrische Volk. Die USA setzten außerdem die Länder mit der größten Anzahl syrischer Flüchtlinge unter Druck, um die Geflüchteten mit einer schwierigen innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage in ihrer Heimat und zahlreichen Problemen nach ihrer Rückkehr einzuschüchtern, hieß es weiter.

Laut der Erklärung tun aber Russland und Syrien ihr Bestes, um das friedliche Leben im Land wiederherzustellen und den syrischen Bürgern eine sichere Rückkehr zu gewährleisten.

Offiziellen Behörden zufolge kamen bereits mehr als 2,2 Millionen Syrer wieder in ihrer Heimat an. Die Regierung in Damaskus trifft alle möglichen Maßnahmen, um diesen Menschen anständige Lebensbedingungen und Arbeitsplätze zu gewährleisten.

Die USA setzen laut der Erklärung auch die Vereinten Nationen unter Druck. Sie ersuchen um humanitäre Hilfe für das Flüchtlingslager Rukban in Syrien, geben sie dann aber an Militante weiter, die unter der Kontrolle der USA in dieser Region stehen.

Moskau und Damaskus machten die Vereinigten Staaten für die Lage im Flüchtlingslager Rukban verantwortlich. Washington verhindere die Auflösung des Lagers und dies sei das Haupthindernis für die Wiederherstellung der Souveränität und des friedlichen Lebens in Syrien. Gleichzeitig wird betont, dass syrische Behörden bereit sind, alle Bürger aus Rukban aufzunehmen und ihnen Sicherheit und anständige Lebensbedingungen zu bieten.

Das Rukban-Lager wird in der Erklärung als amerikanisches „Förderband“ bezeichnet, wo Extremisten ausgebildet werden, um die Spannungsherde in Syrien aufrechtzuerhalten.

Vorige Wochen hatten die USA erstmals unter dem Oberbefehl des neuen Präsidenten Joe Biden Luftangriffe im Osten Syriens an der Grenze zu dem Irak geflogen. Washington bezeichnete das Bombardement als Vergeltung für einen Raketenangriff auf die Truppen der USA und ihrer Verbündeten am 15. Februar im Irak, bei dem ein Mitarbeiter eines US-Unternehmens getötet und einige Soldaten verletzt wurden.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/01/1087917_0:62:1877:1118_1280x0_80_0_0_e143ad4b571cfbd73b4e3b42683ed99b.jpg

Mzdnr.ru: Am 28. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 1. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 24.410 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5691 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 16.681 als gesund entlassen, es gibt 2038 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 35 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 13 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 23 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 902 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 452 mit Sauerstoffunterstützung (+11 in den letzten 24 Stunden).

de.rt.com: **Iran lehnt Angebot zu direkten Gesprächen über die Wiederbelebung des Atomabkommens ab**

Teheran hat ein Angebot aus Brüssel und Washington abgelehnt, direkte Gespräche über die Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015 zu führen. Als Grund wurde das jüngste Verhalten der USA angegeben, der Vorschlag hätte daher ein denkbar schlechtes Timing.

Iran wird nicht an einem informellen Treffen mit der EU und den USA über Möglichkeiten zur Wiederherstellung des Atomabkommens von 2015 teilnehmen. Das teilte das iranische Außenministerium mit und verwies dabei auf die jüngsten Aktionen der USA.

Teheran betonte, dass zuerst die Sanktionen aufgehoben werden müssten, bevor irgendwelche Gespräche beginnen könnten. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Chatibsadeh, soll laut lokalen Medien erklärt haben:

"In Anbetracht der jüngsten Aktionen und Erklärungen der USA und von drei europäischen Staaten hält Iran dies nicht für den richtigen Zeitpunkt, um ein informelles Treffen mit diesen Ländern abzuhalten, das vom Chef der EU-Außenpolitik vorgeschlagen wurde."

Am Sonntag sagten zwei westliche Diplomaten dem Wall Street Journal, Iran habe die Einladung zu direkten Gesprächen in den kommenden Tagen abgelehnt.

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell forderte letzte Woche eine gemeinsame Aktion aller Parteien, um das wegweisende Abkommen wiederzubeleben. Er hob hervor:

"Dies ist eine Gelegenheit, die wir nicht verpassen dürfen."

Borrell bezog sich dabei auf das erklärte Interesse der Biden-Regierung, die USA wieder in das Abkommen einzubinden.

In Washington, D.C. besteht man jedoch darauf, dass die Sanktionen erst dann aufgehoben werden können, wenn zunächst Teheran einseitig diesen sogenannten Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) wieder vollständig erfüllt. Iran argumentiert, dass die Strafmaßnahmen, die der frühere US-Präsident Donald Trump wiedereinführte und ausweitete, erst aufgehoben werden müssen, bevor auch Iran den Vertrag wieder einhalten wird.

Im Jahr 2018 verkündete Trump einseitig den Ausstieg der USA aus dem JCPOA, den er als "den schlechtesten Deal aller Zeiten" bezeichnete und Iran daher mit verschärften Sanktionen belegte. Kurz nach Inkrafttreten dieses Ausstieges der USA 2019 meldete Iran der Internationalen Atomenergiebehörde den Beginn der Anreicherung von Uran-235 über den im JCPOA vereinbarten Grenzwert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603cb14748fbef727052f468.jpg>

Dnronline.su: An die E-Mail-Adressen von 26 Donezker Schulen kamen Informationen über Verminderungen der Gebäude an, teilte heute der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin mit.

Derzeit werden die Kinder evakuiert, die Gebäude werden von den Rechtsschutzorganen auf Sprengsätze hin untersucht.

ukrinform.de: Ukraine hofft auf US-Unterstützung bei Herstellung des Friedens im Donbass und auf dem Weg in die NATO – Botschafterin

Die Ukraine hoffe auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Herstellung des Friedens im Donbass und dem baldigen Fortschritt des Landes auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft.

Dies sagte die neu ernannte Botschafterin der Ukraine in den USA, Oksana Markarowa, in einem Interview mit Ukrinform.

Sie betonte, dass die erste Frage, in der das Land die Unterstützung eines strategischen Partners brauche, der maximale Druck und die Verschärfung der US-Sanktionen und der ukrainischen europäischen Partner seien, damit der Preis für Russland für die Aggression gegen die Ukraine nicht nur nicht sinke, sondern ständig erhöht werde, bis der Aggressor sein Vorgehen ändere.

Markarowa machte deutlich, dass es viele Formate der bilateralen Zusammenarbeit, die auf jeden Fall entwickelt werden könnten, zwischen der Ukraine und den USA durch den Abschluss verschiedener Abkommen gebe.

Wie Ukrinform berichtete, unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am 25. Februar einen Erlass über die Ernennung Oksana Markarowas zur Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafterin der Ukraine in den Vereinigten Staaten von Amerika.



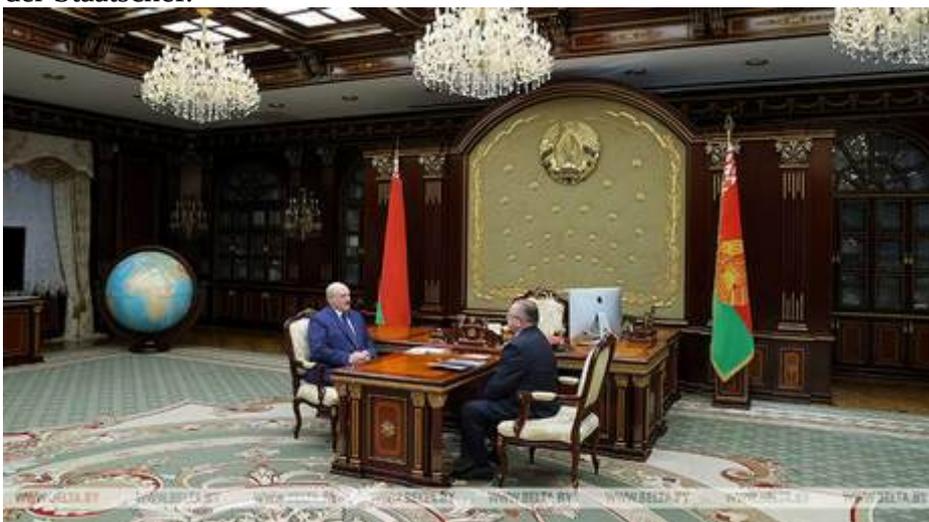
https://static.ukrinform.com/photos/2021_02/thumb_files/630_360_1614414403-214.jpg

deu.belta.by: **Lukaschenko über erhöhte Preise für Arzneimittel: Man darf nicht an der Gesundheit der Menschen profitieren**

In Belarus wird nicht zugelassen, an der Gesundheit der Menschen zu profitieren. Das erklärte der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, heute bei der Entgegennahme des Berichtes des Vorsitzenden des Komitees für Staatskontrolle, Wassili Gerassimow, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

Der Präsident erinnerte daran, dass ein Beschluss der Regierung gefasst wurde, um ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu verhindern. Insbesondere in Bezug auf Medikamente nach der Mehrwertsteuererhöhung auf 10% begannen die Apotheken die Preise zu erhöhen. „Und einige Apotheken haben die Preise sogar um 30% erhöht“, bemerkte Wassili Gerassimow.

„In Belarus gibt es 50% staatliche Apotheken und 50% private. Wenn die privaten Apotheken die Preise unbegründet erhöhen sollten, dann werde nur noch die staatlichen Apotheken arbeiten. Wir können nicht zulassen, an der Gesundheit der Menschen zu profitieren“, erklärte der Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1614593683_56157_big.jpg

nachmittags:

ukrinform.de: **Beilegung des Konflikts im Donbass ist nicht mit Wahlen zu beginnen – Krawtschuk**

Der Leiter der ukrainischen Delegation in der Trilateralen Kontaktgruppe, Leonid Krawtschuk, glaubt, dass die Beilegung des Konflikts im Donbass nicht mit politischen Fragen begonnen werden könne. Zuerst müssten Fragen der Sicherheit und Kontrolle über die Grenze gelöst werden.

Dies erklärte Krawtschuk in einem Interview mit der DW.

Er wies auch darauf hin, dass seiner Ansicht nach die Verhandlungen im Normandie-Format wirksamer wären, wenn die USA daran teilnehmen würden.

Nach der Meinung Krawtschuks könnten die Verhandlungen im Normandie-Format in Genf oder Paris durchgeführt werden. Minsk müsse ihm zufolge „verlegt“ werden.

"Man kann (Verhandlungen – Red.) nicht in einem Land durchführen, das von Russland zu 100 Prozent abhängig ist, in einem Land, in dem die Macht in den Händen des Diktators liegt. Es ist unklar, wie da eine Struktur funktionieren kann, die für Frieden kämpft. Es ist Nonsense“, betonte Krawtschuk.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_02/thumb_files/630_360_1550748681-9234.jpeg

de.rt.com: **Armenien: Nationalisten veranstalten Fackelmarsch und fordern "Rückführung" von Bergkarabach**

Hunderte von Demonstranten sind in Jerewan auf die Straße gegangen, um in einem Fackelmarsch den Rücktritt des umstrittenen armenischen Premierministers Nikol Paschinjan und die Wiederherstellung der Kontrolle über das umstrittene Bergkarabach zu fordern.

Am Sonntag zogen Nationalisten mit brennenden Fackeln und armenischen Flaggen durch die armenische Hauptstadt. Sie zogen, musikalisch begleitet von Volksliedern, die aus einem Auto dröhnten, durch die Straßen. Wenn die Musik pausierte, skandierten die Demonstranten neben anderen Slogans auch "Freies und unabhängiges Armenien" und "Holt Bergkarabach zurück". Außerdem forderten die Demonstranten den Rücktritt des armenischen Premierministers Nikol Paschinjan.

Die Protestaktion, die von Anhängern der rechtsgerichteten Partei Sasna Tsrer Pan angeführt wurde, fiel mit einem Konzert zusammen, das von einem gemäßigeren Teil der Opposition organisiert wurde, der ebenfalls den Rücktritt des Regierungschefs fordert.

Paschinjan steht seit November in der Kritik, da er ein unpopuläres Waffenstillstandsabkommen mit Aserbaidschan unterzeichnete, durch das große Teile der umstrittenen Region Bergkarabach unter aserbaidsschanische Kontrolle gerieten. Aufgrund des Abkommens wurde der Premierminister von politischen Gegnern als "Verräter" bezeichnet.

Nachdem er in Kritik geraten war, erklärte der Regierungschef, dass es die Armee war, die ihn zur Unterzeichnung des Abkommens gedrängt hätte und diesen Schritt mit den erschöpften Ressourcen und dem Mangel an Einsatzkräften begründete. Der Premierminister verteidigte das Abkommen außerdem mit dem Argument, dass es die ethnischen armenischen Truppen vor einem kompletten "Kollaps" bewahrt habe.

Die neue Protestwelle gegen den einst beliebten Politiker begann am Donnerstag, nachdem armenische Militärkommandeure und zwei ehemalige Präsidenten – Robert Kotscharjan und Sersch Sargsjan – eine gemeinsame Erklärung herausgegeben hatten, in der sie Paschinjan zum Rücktritt aufforderten.

Die Rücktrittsforderung kam, nachdem der Premierminister den stellvertretenden Chef des Generalstabs, Tigran Chatschatrjan, entlassen hatte. Der hatte sich öffentlich über die Behauptungen lustig gemacht, Iskander-Raketen aus russischer Produktion bei den armenischen Streitkräften hätten während des Konflikts mit Aserbaidschan schlechte Leistungen gezeigt. Moskau betont, dass diese hochmoderne Waffe in Bergkarabach gar nicht zum Einsatz gekommen sei und Paschinjan vielmehr desinformiert wurde.

Der Regierungschef unternahm außerdem einen Versuch, den Chef des Generalstabs Onik Gasparjan zu entlassen, jedoch wurde der Antrag am Samstag vom armenischen Präsidenten Sarkissjan als verfassungswidrig blockiert.

Tausende von Oppositionsanhängern haben diese Woche in Jerewan protestiert, Barrikaden errichtet und ein Lager im Zentrum der Hauptstadt aufgeschlagen. Sie sagen, dass sie bis zum Rücktritt Paschinjans auf den Straßen bleiben werden. Für Montag wurden weitere Kundgebungen angekündigt. Eine der Protestaktionen führte dazu, dass Oppositionsanhänger in ein Regierungsgebäude im Zentrum von Jerewan eingedrungen sind. Auch diese Demonstrationen forderten den Rücktritt des Premierministers.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603cb5cd48fbef731035e4f1.jpg>

lug-info.com: **Mitteilung der Pressesekretärin der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe bezüglich des humanitären Konvois der UN**

Dank der festen Position der LVR wird die humanitäre Lieferung des UNHCR über den Passierpunkt „Lugansk – Stschastje“ auf das Territorium der Republik kommen.

Trotz aller Provokationen der Ukraine hat die LVR Kiew gezwungen, den humanitären Konvoi über die Brücke von Stschastje passieren zu lassen, worauf die Vertreter der Republik seit langer Zeit bestanden haben.

Dieser Präzedenzfall eröffnet die Möglichkeit, dass internationale Missionen humanitäre Güter direkt in die LVR liefern können und übt möglicherweise Druck auf die Ukraine in der Frage der Vereinbarung aller notwendigen Parameter für die Öffnung der neuen Passierpunkte „Lugansk-Stschastje“ und „Perwomajsk-Solotoje“ aus.

Bei den bevorstehenden Sitzung der Untergruppe zu humanitären Fragen und der Kontaktgruppe werden wir darauf bestehen, dass die Ukraine die Vereinbarungen, die bereits vor einem Jahr erzielt worden waren, bestätigt.

Bei der Lösung dieser Frage zählen wir auf die Unterstützung der Vermittler, insbesondere der OSZE, die einen bestimmten Einfluss auf die ukrainische Seite haben.

Die Pressesekretärin der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe Marija Kowschar

snanews.de: **Armeniens Premier unterbreitet erneut Vorschlag über Absetzung des Generalstabschefs**

Die Administration des armenischen Präsidenten hat einen neuerlichen Antrag von Premierminister Nikol Paschinjan über die Entlassung des Generalstabschefs Onik Gasparjan erhalten. Dies teilte der Pressedienst des armenischen Staatschefs am Montag mit.

„Die Begründungen dafür, wieso die Einsprüche missfielen, wurden (vom Premier – Anm. d. Red.) am Abend des 28. Februars an die Administration des Präsidenten weitergeleitet und sind am ersten Arbeitstag, dem 1. März, angekommen. Der Präsident wird seine Position zu dem Entwurf des Antrags fristgerecht zum Ausdruck bringen“, heißt es im Schreiben.

Im Pressedienst sprach man von der „Unzulässigkeit von Manipulationen und unangemessenen Reaktionen“ auf die Entscheidung des armenischen Präsidenten hin, der sich geweigert habe, den Generalstabschef zu entlassen.

„In diesem Zusammenhang betonen wir nochmals, dass der Präsident der Republik seine Funktionen nur im Rahmen seiner von der Verfassung festgelegten Befugnisse ausübt, wobei er die Entscheidungen unparteiisch und ausschließlich im nationalen Interesse trifft. Der Präsident der Republik vertritt keine Interessen einer politischen Kraft (...) in diesem Sinne sind jegliche Spekulationen unzulässig.“

Mehrmals habe der Staatschef vorgeschlagen und seine Bereitschaft bestätigt, die politischen Kräfte an einem Verhandlungstisch zu versammeln, um die Diskrepanzen zu regeln und nach gegenseitig annehmbaren Lösungen zu suchen.

Am 25. Februar hatten die Militärs des Landes in einem Schreiben den Rücktritt des armenischen Premierministers und der Regierung gefordert. Es war eine Reaktion der armenischen Militärs auf Informationen, wonach Armeniens Präsident Armen Sarkisjan auf den Vorschlag von Paschinjan hin den ersten Vizechef des Generalstabs, Tiran Chatschatrjan, des Amtes enthoben hat, der sich Medienberichten zufolge über die Aussagen des Regierungschefs zu den „Iskander“-Komplexen lustig gemacht haben soll.

Premierminister Nikol Paschinjan bezeichnete dies später als den Versuch eines Militärputsches und stellte dem Präsidenten des Landes einen Antrag über die Entlassung des Generalstabschefs Onik Gasparjan.

Am 27. Februar wurde bekannt, dass Sarkisjan die Entlassung von Gasparjan nicht bestätigt hat. „Der Präsident der Republik hat im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen den Dekretsentwurf mit Einsprüchen zurückgeschickt“, hieß es vom Pressedienst der Administration des Präsidenten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/0e/148652_0:0:2999:1688_1280x0_80_0_0_14286546e088e1a1afe46b2f356784b5.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 1. März 2021

Im Zeitraum **seit der letzten Sitzung der Mitglieder der Kontaktgruppe in Minsk**, seit dem 18. Februar 2021, haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **56 Feuerprovokationen** begangen. Im Verlauf der Beschießungen haben Kämpfer 235 Mörsergeschosse abgefeuert. Davon 204 des Kalibers 120mm. Im Vorfeld des nächsten Treffens hat der Gegner die **Intensität des provokativen Beschusses in Richtung Donezk und Mariupol verstärkt**. In der letzten Woche wurde ein Einwohner der Republik verletzt, es wurden fünf Häuser sowie eine Stromleitung in Jelenowka beschädigt und so künstlich einen Präzedenzfall für die Beschränkung der Funktion der Kontroll- und Passierpunkte geschaffen.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung **vier Feuerprovokationen** durchgeführt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 1. Bataillons und eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade von den Gebieten von Pawlopol und Wodjanoje aus **Sosnowskoje** und dreimal **Leninskoje** beschossen und 29 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, zwei Granaten mit automatischen Granatwerfern und sechs Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen wurden **technische Arbeiten** auf den Positionen der Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje durchgeführt.

In der letzten Nacht wurden von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons im Gebiet von Wodjanoje 22 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm in Richtung Leninskoje abgefeuert. Diese Beschießungen hängen mit dem Besuch des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppe Sodol in den Einheiten der 36. Brigade der BFU zusammen, der eine Ermittlung zu Fällen von vom Kommandeur des Verbandes Gnatow nicht verhinderten nicht kampfbedingten Verlusten in Höhe von 13 Soldaten, von denen drei starben, durchführt. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Sodol wurde zweimal am Abend und in der Nacht provokatives Mörserfeuer eröffnet. Wir erinnern daran, dass **zur Verheimlichung der wahren Ursachen der nicht kampfbedingten Verluste im Verantwortungsbereich der 36. Brigade Korrespondentengruppen der drei Fernsehsender „ICTV“, „1+1“ und „5. Kanal“** ihre Arbeit fortsetzen. Wir schließen nicht aus, dass der Gegner den provokativen Beschuss in Richtung Mariupol fortsetzen wird, um gegenüber der Öffentlichkeit die nicht

kampfbedingten Verluste im Vorfeld des nächsten Treffens der Kontaktgruppe, das am 2. März stattfindet, zu rechtfertigen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik** aus dem Bestand der 28., 53. und 36. Brigade der BFU **in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium in den Gebieten von Krasnogorowka, Bogdanowka, Pionerskoje stationiert sind. Außerdem wurden am südöstlichen Rand von Wodjanoje zwei Feuerpositionen eines 82mm-Mörser bemerkt.

In den Verbänden und Truppenteilen der bewaffneten Formationen der Ukraine in der OOS-Zone besteht weiter eine schwierige epidemiologische Lage. In den letzten 24 Stunden sind beim Generalstab der BFU Meldungen über 124 Soldaten mit einer bestätigten Diagnose „Cofid-19“ eingegangen. Gleichzeitig erfordern die Absichten der militärisch-politischen Führung der Ukraine, das Personal der unterstellten Verbände und Truppenteile in der OOS-Zone mit einem Präparat, das nicht die verpflichtende Lizenzierung durch die WHO durchlaufen hat und zu Todesfällen führen kann, erheblichen Aufwand von Kräften und Mitteln. Zu unseren Informationen hat der Generalstab der BFU, um die Soldaten zu zwingen, die Impfung zu durchlaufen, und um Selenskij für die Lieferung von qualitativ minderwertigen Präparaten gegen die Coronavirusinfektion zu rechtfertigen, einen Plan für Informations- und Propagandamaßnahmen ausgearbeitet, gemäß dem vom 1. bis 14. März 2021 in der OOS-Zone Journalisten von zehn nationalen und ausländischen Medien der Ukraine arbeiten werden; es wurden Propagandistengruppen und Gruppen von Psychologen für die Arbeit mit den Soldaten in den Einheiten geschaffen; in den Militärhospitälern von Mariupol und Krasnoarmejsk sind am 2. März Übungen mit den Leitern von Sanitätsdiensten der Verbände und Truppenteile der OOS zur Arbeit mit Soldaten, die die Impfung verweigern, geplant.

Die Impfungen des unterstellten Personals der operativ-taktischen Gruppe „Ost“ werden auf Basis des 66. Militärhospitals von Krasnoarmejsk durchgeführt, wohin 7200 Dosen Impfstoff eines indischen Herstellers gegangen sind. Aber 77 Prozent der medizinischen Beschäftigten, die vom 25. bis 28. Februar hätten geimpft werden sollen, haben dies verweigert. Opfer der nächsten Partie von Dosen eines nicht geprüften Impfstoffs werden Soldaten der 72. mechanisierten Brigade der BFU sein.

Ein aktiver Gegner der Impfung mit dem Präparat „CoviShield“ ist der Kommandeur der OOS Generalleutnant W. Krawtschenko. Bei einer Sitzung mit den Leitern der Dienste des Stabs der OOS äußerte der General offen seine Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung der Ukraine und charakterisierte sie „als Verwendung als Versuchsmäuse“. Durch seine mündlichen Anweisungen wurde der Zugang des stellvertretenden Kommandeurs der Sanitätskräfte der BFU Oberst S. Chalik, der ab dem 1. März die Kontrolle über die Durchführung der Impfung des Kommandos und des Personals der Verbände und Truppenteile der OOS kontrolliert, zum Territorium des Stabs der OOS und die Versorgungstruppenteile eingeschränkt.

Uns liegen zusätzliche **Informationen über die Zwecke des Starts einer Drohne vom Typ „Mavic“** durch den Gegner im Verantwortungsbereich der 5. bataillonstaktischen Gruppe der 81. Luftlandebrigade der BFU im Gebiet von Nowoluganskoje vor. So hat der stellvertretende Kommandeur der 59. Brigade der BFU Oberstleutnant W.G. Petschenko bei einer Ermittlung zum Fall eines nicht genehmigten Drohnenflugs festgestellt, dass der Start des Geräts auf Anweisung des Kommandeurs der 5. Gruppe der 81. Brigade der BFU erfolgte, **um zwei Soldaten zu suchen, die eigenmächtig die Positionen verlassen haben.** Die

Drohnenmannschaft verlor die Kontrolle über die Drohne aufgrund des Betriebs einer Station „Bukowel-AD“ im Gebiet von Semigorje. Die geflohenen Soldaten wurden bis jetzt nicht gefunden, die operativen Fahndungsmaßnahmen gehen weiter.

snanews.de: **Lawrow: Russland zwingt niemandem seinen Standpunkt auf**

Russland drängt laut dem Außenminister des Landes, Sergej Lawrow, niemandem seine Ansichten auf und erwartet von anderen Staaten denselben Umgang mit sich selbst.

Bei einem Treffen mit Vertretern führender ausländischer Medien sagte Lawrow:

„Wir sind weit davon entfernt, irgendjemandem unseren Standpunkt aufzuzwingen – weder unseren diplomatischen Kollegen noch Ihnen. Und wir hoffen unsererseits, dass Sie auch die Ereignisse auf dieselbe Weise behandeln und sie von allen Seiten objektiv zeigen werden“.

Der Minister betonte, dass die russischen Behörden sich von niemandem abschotten würden und immer zu Diskussionen bereit seien. Man könne aber die gegenwärtige Welle falscher Informationen und die Schubladisierung alter ideologischer Klischees nicht als selbstverständlich ansehen und dem zustimmen.

„Dies verwandelt das Informationsfeld in eine Arena der Konfrontation aus Zeiten des Kalten Krieges“, so der russische Chefdiplomat.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/45798_0:0:2990:1683_1280x0_80_0_0_42a7dd1b2b25541506db56a915636d3d.jpg

Mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Seit der letzten Sitzung der Kontaktgruppe am 18.2.21 haben die BFU 19

Feuerprovokationen begangen, darunter eine unter Einsatz einer Kampfdrohne. Zweimal wurden Arbeiten zu zusätzlicher Ausrüstung von Positionen durchgeführt, außerdem wurden 18 Fälle der Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten auf dem von der Ukraine besetzten Territorium festgestellt. ...

snanews.de: **Myanmar: Militärregierung zieht 100 Diplomaten aus 19 Ländern ab**

Die Militärregierung in Myanmar hat nach der spektakulären Rede des UN-Botschafters des Landes vor der UN-Vollversammlung, in der er sich von der neuen Staatsmacht distanzierte, 100 Diplomaten aus den Botschaften in 19 Ländern abberufen. Darüber berichtet das Nachrichtenportal „Irawadi“ am Montag mit Hinweis auf das myanmarische Außenministerium.

Laut einem Dokument, das dem Portal vorliegt, sollen nun Diplomaten aus den USA,

Großbritannien, Österreich, Italien, Brasilien, Frankreich, Norwegen, Belgien, Serbien, China, Japan, Indien, Singapur, Thailand, Hongkong, Indonesien, Kambodscha, Südkorea und aus den Philippinen abberufen werden. Etwa 50 Diplomaten, die derzeit im Außenministerium des Landes tätig sind, sollen als Nachfolger in die genannten Länder geschickt werden.

Der myanmarische UN-Botschafter Kyaw Moe Tun, der am vergangenen Freitag in einer Rede vor der UN-Vollversammlung in New York die Weltgemeinschaft aufforderte, die Militärregierung in Myanmar nicht anzuerkennen, wurde wegen Landesverrats entlassen. Die Massenabberufung von Diplomaten ist darauf zurückzuführen, dass viele im Ausland tätige Diplomaten nach der Rede von Kyaw Moe Tun anfangen, sich der Kampagne für zivilen Ungehorsam anzuschließen, die seit einem Monat in Myanmar stattfindet, und die Arbeit für die neue Regierung zu stoppen, schreibt das Portal.

Das Militär in Myanmar hatte am 1. Februar durch einen Putsch die Macht ergriffen und ließ die Chefs der Regierung und der regierenden Partei festnehmen. Am selben Tag kündigte die neue Macht ihr Engagement für ein demokratisches Mehrparteiensystem an und versprach, nach dem Ende des Ausnahmezustands, den sie für ein Jahr im Land verhängt hatte, Wahlen abzuhalten.

Die Militärjunta beschuldigt die Wahlkommission des Landes und die Regierungspartei der massiven Fälschung von Wählerlisten bei den Wahlen am 8. November 2020, was nach Angaben des Militärs zur Überbewertung der Ergebnisse der Regierungspartei beitrug, die die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament hat. Massenproteste gegen die Machtübernahme des Militärs folgten.

Massenstreiks haben die Arbeit von mehr als 70 Prozent der staatlichen Behörden und Betriebe im Land lahmgelegt. Am Wochenende sind bei den Protesten 17 Menschen ums Leben gekommen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/01/1093219_0:146:2800:1721_1280x0_80_0_0_2eb80dd2d744a2ffda377c12bb0c8ff3.jpg

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainischen Besatzer haben grob die geltenden Vereinbarungen zur Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung im Vorfeld einer weiteren Sitzung der Kontaktgruppe am 2.-3. März verletzt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der BFU von den Positionen eines mechanisierten Bataillons der 1. Panzerbrigade, das operativ der 28. mechanisierten Brigade unterstellt ist, aus Wohngebieten von Slawnoje heraus in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands das Feuer mit 120mm-Mörsern eröffnet und 12 Mörsergeschosse auf **Signalnoje** abgefeuert.

Infolge des feindlichen Beschusses wurde die Verglasung eines Wohnhauses in Signalnoje in der Puschkin-Straße 7,89, der Pionerskaja-Straße 6 und der Sowjetskaja-Straße 12 beschädigt,

in Signalnoje und Luganskoje ist außerdem die Stromversorgung ausgefallen. Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU zu verhindern.

Bemerkenswert ist, dass die ukrainischen Strafruppen ein weiteres Mal zielgerichtet das Feuer auf lebenswichtige Objekte der Infrastruktur der Republik eröffnen, wobei sie sich hinter friedlichen Einwohnern auf dem von der Ukraine kontrolliertem Territorium als „lebendem Schuld“ verstecken. Wir lenken die Aufmerksamkeit der OSZE-Mission auf die vorsätzliche grobe Verletzung der geltenden Vereinbarungen durch die Ukraine, was das fehlende Bestreben Kiews nach einer friedlichen Beendigung des Bürgerkriegs im Donbass demonstriert.

Die Materialien zu dem Beschuss werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 28. Brigade der BFU Martschenko hinzuzufügen.

snanews.de: **Sanktionen im Fall Nawalny: EU leitet Beschlussverfahren ein**

Die ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsländer haben neue Sanktionen gegen Russen auf den Weg gebracht, die an der Verhaftung des kremlkritischen Bloggers Alexej Nawalny beteiligt sind. Das teilte SNA am Montag ein informierter Sprecher mit.

„Ja, das schriftliche Verfahren hat gerade erst begonnen“, sagte der Sprecher.

Es wird erwartet, dass die Namen der betroffenen Personen in dieser Woche bekannt gegeben werden. Die Entscheidung über die Restriktionen gegen russische Staatsbürger wurde am 22. Februar von den Außenministern der EU-Länder getroffen. Sie treten nach Bekanntgabe der Liste in Kraft. Wie bereits von Medien berichtet, dürften die neuen Sanktionen „den Vorsitzenden des Ermittlungskomitees, den Chef der Russischen Garde, den Generalstaatsanwalt Russlands und den Leiter der Strafvollzugsbehörde betreffen“.

Damit wird Brüssel erstmals seine neue Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte anwenden, die der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell 2019 initiiert hatte. Er schlug auch vor, dem neuen Sanktionsrahmen den Namen von Nawalny zu geben, die Idee wurde aber abgelehnt.

Russlands Außenministerium kritisierte die Entscheidung der EU und versprach eine Antwortreaktion. „Dies ist keine Überraschung für uns“, sagte der Vizeaußenminister Alexander Gruschko.

„Die EU geht weiterhin einen absolut rechtswidrigen Weg, dies ist eine absolute Sackgasse, die sich destruktiv auf die bilateralen Beziehungen auswirkt und in keiner Weise den Interessen der europäischen Länder entspricht“, sagte Gruschko.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/0f/163808_0:218:3105:1965_1280x0_80_0_0_a5bd563f2a68c8a691fb2ccdd8ecd666.jpg